

Manila, 13. Juni 1990

P.B. Nr. 6 / 1990 - DA/BU

Alles begann mit einem Seitensprung. (Schlussbericht)

Nach dem 2. Weltkrieg hatten die Philippinen dank Ihrer speziellen Beziehung zur ehemaligen Kolonialmacht USA das zurzeit höchste Pro-Kopf-Einkommen in Asien. Sie waren bei der Industrialisierung nach Japan am weitesten fortgeschritten und brauchten die Zukunft nicht zu fürchten. Durch die ersten Marcos-Jahren wuchsen Entwicklung und Prosperität.

Präsident Marcos, im grossen und ganzen asketisch lebend, wurde von der Bevölkerung geachtet und seine negative Seite kam nicht zur Geltung. Seine Frau begnügte sich mit der Rolle der First Lady. Als aber Imelda einer Liaison zwischen einem amerikanischen Starlet und ihrem Mann auf die Spur kam (selbst das Bettgeflüster wurde ihr auf einer Kassette geliefert), übernahm sie die Führung, der Präsident konnte ihr nicht mehr die Stange halten. Sie liess sich zum Gouverneur von Metro Manila ernennen, amtierte als Ministerin für Housing and Welfare und begann, ihren Mann negativ zu beeinflussen. Von da an ging es abwärts; die normale Einnahmen des Präsidenten genügten nicht mehr, um die Extravaganzen der Präsidentengattin zu decken. Für Marcos begann die Zeit der illegalen Einnahmen, zuletzt verlangte er von allen Transaktionen seiner Günstlinge (Cronies) 15%, diese Praxis machte auch vor Entwicklungsprojekten und japanischen Reparationszahlungen nicht Halt. Jeder Crony erhielt sein Revier: Zucker, Zement, Tabak, Kokos, Fernmeldewesen, etc. Als einmal das ganze Netz funktionierte, wurden die Einnahmen derart hoch, dass Ueberschüsse auf ausländischen Bankkonti untergebracht werden mussten.

Einmal musste der Betrug am philippinischen Staat auffliegen und Familie Marcos samt Cronies bereiteten sich darauf vor. Dass ausgerechnet die Armee ihren Oberbefehlshaber im Stich lassen würde, damit hatte Marcos nicht gerechnet. So kam es zu einer überstürzten Flucht unter Hinterlassung zahlreicher Beweise, dass das Volk von seinem Präsidenten betrogen worden war. Die Emotionen waren im Februar 1986 kaum mehr zu kontrollieren und so wurde die Märtyrerin Cory Aquino (ihr Mann war 1983 - man sagt auf Geheiss von Imelda - ermordet worden) unerwartet zur Macht. Die Erwartungen, welche die Bevölkerung in den Wechsel setzte, konnten nicht erfüllt werden, dazu sind zuviele negative Faktoren am Werk:

- zu hohe Geburtenzuwachsrate (neuerdings auf über 3% geschätzt, statt den offiziell erklärten 2,4%) hebt alle Produktivitäts-Fortschritte auf,

.../2

- 2 -

- die Korruption floriert wie nie zuvor,
- die philippinische Mentalität, welche den Familiensinn, das Clandanken zuoberst setzt, lässt keinen gemeinsamen, nationalen Nenner zu,
- die Politiker, die alle aus den gleichen, wenigen reichen Familien stammen, kümmern sich nicht um die Belange ihrer Wählerschaft sondern bereichern sich schamlos,
- "last but not least" Cory Aquino gehen die Führungseigenschaften, die ein Präsident und vor allem der Oberbefehlshaber der Armee zeigen muss, völlig ab. Zudem lässt auch sie sich von ihrer Familie zu stark beeinflussen. Ihr Bruder, der Kongressabgeordnete Peping Cojuangco, führt sie am Gängelband. Einer der wenigen Politiker, der sich um das Landesinteresse sorgt formulierte es so: "Wir glaubten, wir hätten als neue Präsidentin die Witwe von Ninoy Aquino gewählt, nun haben wir die Schwester von Peping Cojuanco."

Mit der Zeit entstand eine Machtlücke, die von politisierenden Offizieren ausgefüllt wurde. Innerhalb von 3 1/2 Jahren sechs Putschversuche sprechen eine deutliche Sprache. Das Militär, das während dem von Marcos (zur Aufrechterhaltung seiner Macht) ausgerufenen Kriegsrecht ausgiebig profitiert hatte, war nicht gewillt, von der rasant zunehmenden Korruption nur die Politiker profitieren zu lassen. Das von den putschenden Offizieren vorgelegte politische Programm ist ohne Inspiration und als Lösung für die Krise, in der die Philippinen stecken, ungeeignet.

Präsidentin Aquino hat viel von ihrem Rückhalt im Volk verloren; besonders die 1986 als Kernstück der Regierungserklärung dargestellte Agrarreform will nicht vom Fleck kommen, bereits haben vier Minister den Hut genommen (zwei davon unfreiwillig, da ihre Ernennung vom zuständigen Ausschuss von Senat und Kongress, der von Landbesitzern dominiert wird, nicht bestätigt wurde). Dass dabei die meisten Neinstimmen aus der Partei der Präsidentin kamen, erzürnte diese. Obwohl sie stets erklärt, sie strebe 1992 keine Wiederwahl an, können ihre kürzlichen Bemühungen, für ihre Politik eine neue politische Plattform zu finden, dahin interpretiert werden. Der Erfolg dieser Bemühungen ist jedoch solange zweifelhaft, als sie sich nicht als Kandidatin für den kommenden Wahlkampf erklärt. Die meisten Politiker haben eigene Ambitionen, man vermutet neben Verteidigungsminister Ramos auch Parlamentssprecher Mitra, Senatspräsident Salonga, Richterin Santiago Defensor. Viele weitere werden sich zur Präsidentschaftswahl stellen.

... /3

Die besten Chancen hätte dabei heute Fidel Ramos, der in den letzten vier Jahren stets loyal zur Präsidentin hielt, vorausgesetzt, Kardinal Sin, der einflussreiche Oberfürst der katholischen Mehrheit, macht keine Opposition (Ramos, von den USA gern gesehen, gehört einer protestantischen Sekte an).

Die neue Bewegung ("Kabisig" = Vereinigung), welche die Präsidentin am 12. Juni, dem Nationalfeiertag aus der Taufe hob, lehnt sich an die "Katipunan"-Bewegung von 1896 an, sie soll ein Auffangbecken für alle nationalistischen Regungen sein und die traditionellen Politiker bewusst ausschliessen. Es handelt sich m.E. um den letzten Versuch der Präsidentin, eine Hausmacht hinter sich zu scharen und sich dem Einfluss ihres Bruders zu entziehen. Ein Kollege nannte die neue Bewegung, die keine Partei sein soll, den philippinischen Volkssturm. Schon heute möchte ich voraussagen, dass diese von Chinesen und Leuten des Opus Dei geführte Strömung am Widerstand der Politiker scheitern wird. Die Präsidialmacht wird von der Verfassung zugunsten des Kongresses stark eingeschränkt. Dieser hat das letzte Wort. So hat der Kongress die Ende Juni auslaufenden "Emergency Powers", welche die Präsidentin ausgeweitet sehen wollte, noch nicht einmal verlängert, geschweige dem ausgeweitet.

Die Frage, wie sich die Beziehungen zu den USA gestalten werden, wird fast ausschliesslich durch den Ausgang der Verhandlungen über die US-Militärbasen bestimmt. Allen Beteuerungen zum Trotz legen die USA grossen Wert auf die Beibehaltung der Basen Subic (Navy) und Clark (Air Force) auf den Philippinen. Das "advance deployment" bietet nicht nur strategische Vorteile; die Philippinen sind auch der ideale "Playground" für die Soldaten, deren Freizeit durch über 30'000 Prostituierte in Olongapo und Angeles City angenehm gestaltet wird, man nennt es "Rest and Rehabilitation". Da mögen die Politiker (namentlich der Senat) noch so stark auf die moralische Dekadenz hinweisen, die Basen sind Erwerbsquelle für rund 100'000 Familien (68'000 philippinische Arbeiter), nach dem Staat der zweitgrösste Arbeitgeber auf den Philippinen. Es war interessant zu sehen, wie eine Kampagne zur Abschaffung des Senats lanciert wurde (die allerdings im Sande verlief). Damit sollte die politische Opposition gegen die Basen beseitigt werden.

Die Philippinen haben mit der starken Verschuldung, die in vielen Fällen nicht produktiv ist, da das aufgenommene Kapital schon längst das Land verlassen hat, eine schwere Hypothek zu tragen. Bestrebungen, den Schuldendienst in Beziehung zu den Exporteinnahmen zu setzen, bestehen, haben jedoch wenig Aussicht auf Erfolg.

Sollte ich eine Prognose für das Land stellen müssen, würde ich auf eine Uebernahme der Staatsgewalt durch das Militär tippen. Die traditionellen Politiker waren nicht imstande,

- 4 -

das Land zu führen, die Verarmung hat zugenommen, die Verzweiflung bei den Arbeitslosen (auf 20 Prozent der Werktätigen geschätzt, da keine zuverlässigen Statistiken bestehen), wächst. Der bisher recht gute Arbeitsfrieden dürfte in Konfrontationen mit Streiks bald verloren gehen. Der Sicherheitsberater der Präsidentin sagte es ganz offen: gegen die einzelnen Regimegegner (Marcos-Loyalisten, Rechtsrebellen in der Armee, kommunistische Aufständische, militante Gewerkschaften, etc.) bestehen genug Abwehrkräfte, sollten aber einmal ein paar dieser Gruppierungen zur gleichen Zeit zuschlagen, wäre für die Regierung Aquino die letzte Stunde gekommen. Einzelne Kollegen glauben, je mehr man sich zeitlich den Neuwahlen nähert, umso kleiner werde die Gefahr eines Umsturzes; dies scheint mir ein Trugschluss, denn die Regimegegner haben keine Chance auf demokratischem Weg die Macht zu erhalten. Die Philippinen werden daher wohl noch auf längere Zeit hinaus unruhig bleiben.



(M. Dahinden)